

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsern Boten
für das Erzgebirge monatlich 1.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger des Postamtes
entgegen. — Erhöht monatlich.
Fernsprech-Anschluss Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigerpreis für die Anzeigerblätter
für das Erzgebirge aus dem
Anzeiger 2.00 Mark, aus dem
Anzeiger 2.00 Mark, aus dem
Anzeiger 2.00 Mark. Bei größeren
Anzeigen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1049

Nr. 54

Sonnabend, den 4. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichstag nahm in seiner Freitagssitzung das Reichsmietengesetz mit 202 gegen 168 Stimmen in dritter Lesung an. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Demokraten und ein Teil des Zentrums.

In Berliner diplomatischen Kreisen verläutet mit Bestimmtheit, daß der hauptsächlichste Verhandlungspunkt der Konferenz von Genua die große internationale Anleihe sein werde, durch die es Deutschland ermöglicht werden könnte, den Kurs seiner Währung zu stabilisieren.

Gegen den Vorsetzer des Gerichtsgefängnisses in Raumburg, aus dem der Oberleutnant Wittmar entwichen ist, wurde das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet.

In Frankreich steht man einer etwaigen Delegation Lloyd Georges mit Besorgnis entgegen.

Frankreichs Einkreisepolitik.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der geistigen und wirtschaftlichen Umstellung ist infolge des immer mehr fortschreitenden Verfalls der Weltwirtschaft in England am weitesten fortgeschritten. Auch in den übrigen Entente-Ländern verfährt man sich der Einsicht von der Abänderungsbedürftigkeit des Versailleser Vertrages nicht mehr, wenn man sich auch noch nicht wie in England so weit durchgerungen hat es offen zu gestehen. In Frankreich hat die Verunsicherung erst in den Wirtschaftskreisen gefaßt; das offizielle Frankreich hängt noch wie vor mit klammernden Organen an dem Vernichtungsdokument von Versailles, und die Waise der französischen Volkspartei spielt immer noch das Lied mit dem Refrain: Garantien und Sanktionen. Man darf gespannt sein, wie lange das französische Volk diese Politik der Täuschung und Betrugenschaft noch gefallen lassen, wie lange es noch in dem nahen Glauben zu halten fern wird, daß Deutschland alles zahlen könne und werde. Die Zeit wird kommen, da dem betrogenen französischen Volke die Augen auf- und übergehen, und dieser Tag wird es sein, der faktisch und praktisch mit der Revision des Versailleser Vertrages beginnt.

Vorberhand freilich sind wir davon trotz Cannes und Genua noch weit entfernt. Seit Poincaré Irland, auf dem die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen trotz all seiner starken Worte nicht ohne Eindruck geblieben war, abgelehnt hat, schmettern in Frankreich die Panzer so hell wie je. Poincaré ist der Abgott und Herold des nationalen Blods, die Kleinen Götter tuten in sein Horn und die übermächtig nationalistische Kammer klatscht dazu frenetisch Beifall. Man sieht welche Mühe und Gespöcher, man malt mit schredenerregenden Gebärden immer wieder das heimliche Heer Deutschlands an die Wand, das furchtbare Heer, das Frankreich trotz seiner Abriistung durch den Geist seiner Organisation sehr schnell auf die Beine stellen kann, wie eben jetzt wieder einmal in der Kammer gesagt wurde. Man entdeckt Schriftstücke, die die Einrichtungen des künftigen deutschen Heeres aufs genaueste beschreiben und schreit am Ende natürlich nach Garantien. Denn das ist ja der Zweck der Übung. Weiß der Himmel, was für einen Hehen Papler man irgendwo entdeckt hat, der zu diesem Unnennlichen Unsch gab. Wahrscheinlich wird er ebenso hochbedeutsam sein, wie die offizielle Kritikerlesungsvorschrift, die den Offensivkrieg in begeisternder Weise rühmt, die Poincaré am Mittwoch zwischen Fisch und Braten den englisch-amerikanischen Presseleuten servierte, um ihnen zu beweisen, daß das fromme Frankreich belsche nicht imperialistisch und militaristisch sei, daß es aber nicht in Frieden leben könne, weil es seinem öden Nachbarn nicht gefällt. Nun handelt es sich zwar bei dieser maßlos aufgeblasenen Geschichts nur um eine ganz gewöhnliche Ausbildungsvorschrift für die Kritiker. In der von einem Offensivkrieg mit Volmar Wozel die Rede ist — aber das tut nichts. Deutschland ist wieder einmal als das Karneval hingestellt, und Poincaré ist der Mann dazu Kaplan für neue Garantien daraus zu schlagen. Eben jenes Poincaré, der, wie aus den Dokumenten hervorgeht, in den letzten Friedensjahren mit Hilfe von ausländischem Gelde die Kriegskommunikation in Frankreich systematisch gesichert hat.

Das ist noch heute der Geist des offiziellen Frankreichs, das in hysterischer Angst vor Deutschland jeden Abbau des Hasses unmöglich macht, die Welt mit angeblichen heimlichen Wälfungen Deutschlands in Urem hält

und dessen schlechtes Gewissen sich dagegen mit allen Mitteln sichert. Daß Frankreich selbst das größte Heer der Erde auf den Beinen hält, beruhigt es nicht; daß es die Kleine Entente als Wächter rund um Deutschlands Ostgrenze aufgestellt hat, schlüfert seine Sorge nicht ein, und auch das französisch-polnische Bündnis, das jetzt in Kraft getreten ist, wird Frankreich ebenso wenig veranlassen, eine verständlichere Politik zu verfolgen. Dabei ist dieses Bündnis eine vollständige Allianz in völkerrechtlichem Sinne, die wie der Presseattaché der polnischen Gesandtschaft in Berlin selbst sagt, den Zweck hat, ein starkes Polen zum üblichen Spielball der französischen Kontinentalmacht in Europa zu machen. Welche Bedeutung er diesem Bündnis beimißt, geht daraus hervor, daß er in diesem Zusammenhang die polnische Politik selbst als eine realistische Friedenspolitik bezeichnet. Die Wirkungen dieses Bündnisses haben sich offenbar auch schon bei den deutsch-polnischen Beratungen in Genf gezeigt. Wenigstens liegt der Schluß sehr nahe, daß auf die intransigente Haltung Polens in Genf zurückzuführen ist. Wenn in absehbarer Zeit nun auch noch der Beitritt Polens zur Kleinen Entente erfolgt, die auf der demnächst in Belgrad stattfindenden Zusammenkunft sämtlicher Außenminister der Kleinen Entente mit polnischen Delegierten in Aussicht genommen ist, und Polen auch mit Finnland ein Bündnis eingeht, was ebenfalls in der Luft zu liegen scheint, so ist damit die Kette der Bündnisse im Osten völlig geschlossen und Deutschlands Einkreisung vollzogen. Freilich wird auch davon keine Verühigung Frankreich zu erwarten sein, so wenig wie von dem englisch-französischen Garantievertrag; denn Frankreich will nicht beruhigt sein, will es nicht wahr haben, daß es von Deutschland nichts zu besorgen hat. Die französische Rechnung hat aber doch ein Loch. Man weiß, daß Frankreich demüht ist, auch mit Rußland wieder in Fühlung zu kommen und sich zu seinem Schutze aufzuwerfen. Das Kunststück aber, gleichzeitig Freund Rußlands und Polens zu sein und sie beide unter einem Hut gegen Deutschland zu bringen, wird selbst der französischen Einkreisungspolitik nicht gelingen.

Ein sachliches Erfordernis.

Im Steueraussschuß ist wieder einmal eine Krise glücklicherweise abgewendet worden. In letzter Stunde drohte ihr sogar eine empfindliche Verschärfung dadurch, daß ein Schreiben des Reichsfinanzministers im Nebenamt Hermes an den Reichsfinanzler bekannt wurde, in dem er um eine Entschädigung darüber gebeten hatte, welcher der beiden Ministerien er nun eigentlich führen sollte. Man sprach schon von einem Vorstoß Hermes gegen Wirth, und es hätte nicht viel gefehlt, daß man sich auch im Lande auselandergeredet haben würde. Nun stellt sich heraus, daß Hermes sein Ersuchen, und zwar mehrfach, schon vor einiger Zeit an den Reichsfinanzler gerichtet hat. Der Brief ist sogar schon 14 Tage alt, so daß man nur bei einer übermäßig entwickelten Phantasie jetzt von einem Ultimatum sprechen kann. Die ganze Frage sollte aber doch wahrhaftig nicht legendäre Persönlichkeit oder parteipolitisch betrachtet werden. Sachlich ist Hermes vollkommen im Recht. Es geht einfach nicht an, daß ein zweifacher Ressortminister in der gegenwärtig für die Finanzen so außerordentlich wichtigen Zeit das Finanzministerium lediglich provisorisch vertritt. Die ordnungsmäßige Besetzung des Finanzministeriums war längst ein sachliches Erfordernis. Darin sollten eigentlich alle Parteien übereinstimmen, besonders aber darf es über die sachliche Berechtigung der Hermeschen Forderung unter den Parteien keinen Streit geben, die den Parlamentarismus grundsätzlich vertreten. Die ganze Frage der parlamentarischen Verantwortung des zuständigen Ressortministers wird ja ihrer Bedeutung entkleidet, wenn man selbst in so hochwichtigen Zeiten wie jetzt, sich dauernd nur mit einem Provisorium behelfen will.

Der Raub von Wilna.

Bisher nannte man die Staaten zwischen uns und Rußland Randstaaten. Der größte unter ihnen, Polen, scheint aber jetzt endgültig auf den Charakter eines Raubstaates Wert zu legen. Die polnische Regierung hat jetzt offiziell die Vereinnahmung des Wilna-Gebietes mit Polen vollzogen. Man hat Mitglieder des sogenannten Wilnaer Sejms nach Warschau hielet und dort unter Aufsührung einer großen Komödie die Einkreisung vollzogen. Sowohl Rußland wie Litauen haben gegen die polnische Unnerion in Wilna von Unten an sich ärgert Widerstand geleistet. Wilna war bekanntlich von einem polnischen General einfach okkupiert worden, und unter den poln-

ischen Bajonetten und Maschinengewehren fand dann eine Volksabstimmung statt. Natürlich nahmen an ihr weder die zahlreichen Juden, noch die Russen, noch die Deutschen teil. Die polnische Minderheit lief zur Urne, und wählte sich so ein Parlament, das sich nach dem berühmten Muster von Warschau gleichfalls Sejm nannte. Es ist ja möglich, daß Polen sich sagte, der Völkerverbund werde, nachdem er die Ratifikation einer Volksabstimmung in Guyen-Malmedy gut gesehen, und nachdem er in Obereschlesien den klaren Mehrheitswillen verweigert habe, auch jetzt beide Augen zudrücken. Polen ist ja Mitglied dieses famosen Völkerverbundes. Auf der Konferenz von Genua soll er sozusagen durch Deutschland und Rußland erweitert in die Erscheinung treten. Die Polen haben mit der Sanktionierung ihres Raubes eine interessante Overtüre zur Konferenz von Genua geliefert. Man kann also gespannt darauf sein, was auf das Vorstiel folgen wird.

Deutscher Reichstag.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Ein Nachklang aus den Tagen des Eisenbahnerstreiks war in der gestrigen Sitzung des Reichstages der Beschluß der Regierung auf eine kleine Anfrage von deutschnationaler Seite, daß der Eisenbahnerstreik keine unbedingte Erhaltungspflicht für die entlassenen Verluste an verdorbenen Lebensmitteln, lebendem Vieh usw. anerkennt. Der Verkehrsausschuß soll in dessen eine unvoreingenommene und grundsätzliche Prüfung der Frage vornehmen. Eine weitere Mitteilung ging dahin, daß der als Treuhänder für das feindliche Vermögen angestellte Berliner Regierungsrat Helfft, der sich als einziger Leiter eines Wohnungsamtes eine Verbeugung hat zuschulden kommen lassen, erst nach zweijähriger Bewährung angestellt werden soll; die Beurteilung sei erst fällig, wenn Helfft sich für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung gemessen hat. Er ist bis zur Klärung der Angelegenheit beurlaubt. Die dritte Lesung des Reichsmietengesetzes, die nach Erledigung der kleinen Anfragen nunmehr an die Reihe kam, fand ein gespanntes und dichtbesetztes Haus. Die ersten Abstimmungen gingen glatt vonstatten und zeigten, daß das Zentrum zum Teil mit den Gegnern des Entwurfes bei den Rechtsparteien und den Demokraten ging. Dann gab es eine kleine Überraschung: bei § 16 stellte das Zentrum den Antrag, aus der exakten Formel für die Einsetzung von Mieterräten eine Soll-Vorschrift zu machen, außerdem soll das Gesetz mit dem 1. Juli 1922 automatisch außer Kraft treten. Auf der Tribüne lösten diese nicht unwesentlichen Änderungen bei einigen Hausbesitzenden Subjeren spontanen Handstreichs aus, auf der äußersten Linken erhob sich gleichzeitig wütender Protest und der Abg. Ruhnke rief nach der Rechten hinüber: Hausbesitzergefeindel. Er erhielt dafür den sälligen Ordnungsruf. Gleich darauf verkündete in dessen sehr fraktionsfreundliche Rede man zur allgemeinen Überraschung, daß seine Freunde trotz aller Halbheiten dem Gesetz zustimmen würden. Das gab nun wiederum dem Deutschvölkereparteiher Gehörten Veranlassung zu der Erklärung, daß seine Fraktion eben wegen dieser Zustimmung der Kommunisten in ihrer ablehnenden Haltung bekräftigt würde. Nachdem noch der Unabhängige Ruhnke von einer Ueberrumpelung und einer Handlung wider Treu und Glauben gesprochen hatte, war der Augenblick der Gesamtabstimmung gekommen: das Gesetz wurde mit 202 gegen 168 Stimmen angenommen. Die Minderheit der Demokraten, einem Teil des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. Darauf erfolgte die Annahme des Gesetzes über vorübergehende Reichs- und Provinzialverwaltungen im Saargebiet mit der vorgeschriebenen verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit. Die unabhängigen ließen ferner durch den Abg. Rosenfeldt erklären, daß sie für den Antrag Herz (Rom), der die Rückgängigmachung der Auslieferung der Wälder des Reiches verlangt, stimmen würden, wenn er insofern nicht — hinlänglich geworden wäre, weil ja die beiden Spanien nicht mehr in deutscher Hand sind. Dann ging man an die Fortsetzung der Aussprache über den Haushalt beim Reichsfinanzministerium. Man machte es kurz. Der deutschnationale Wittenberg beschwerte sich über die Konkurrenz, die die Deutschen Werke dem mittleren und Kleingewerbe machen, wogegen der Reichsfinanzminister Bauer Einspruch erhob. Für die letzte ¼ Stunde gab das Wiederaufbaumministerium das Gesprächsrecht ab. Die Abg. Niedmiller (Soz.) und Dauch (D. Sp.) sprachen sich gegen die Aufhebung des Ministeriums, aber für Vereinfachung des Verfahrens aus. Gegen 8 Uhr verlagte man die Weiterberatung auf heute 1 Uhr.